Beschluss Unsere Gesellschaft von morgen

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

Diskriminierung entgegenstellen – Vielfalt fördern

Wir wollen in einer Welt leben, die frei von Diskriminierung und Rassismus ist. Die Realität ist leider eine andere. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung sind leider noch immer an der Tagesordnung und haben gar in den letzten Jahren wieder an Salonfähigkeit gewonnen.

Das Land muss sich weiter für die Förderung interkultureller Zentren engagieren. Wir wollen Raum für Vielfalt und Begegnung, u.a. zwischen allen Altersklassen, schaffen. Dazu wollen wir vor allem in der Fläche vernetzte Gemeinwesenarbeit mit Fachpersonal stärken.

Wir wollen für das Land Rheinland-Pfalz ein Anti-Diskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild durchsetzen. Es soll Entschädigungen für Betroffene vorsehen, den Beweis einer Diskriminierung dank Vermutungsregelung erleichtern und Verbandsklagerechte einräumen.

Zudem müssen queere Angebote, vor allem auf dem Land, weiter ausgeweitet werden. Jugendarbeit muss das Thema vermehrt in den Blick nehmen. Dazu muss es mehr Fortbildungen für Pädagog*innen und Jugendleiter*innen geben.

Das Land soll zudem eine Bundesratsinitiative zum Abstammungsrecht einbringen, die gleichgeschlechtliche Paare gleichstellt. Homosexuelle Männer dürfen faktisch kein Blut spenden. RLP soll sich daher über den Bundesrat für ein Ende der Queerfeindlichkeit beim Blutspenden einsetzen.

Entschlossen gegen Rechts

Rassismus und rechten Gesinnungen muss Rheinland-Pfalz entgegentreten. Daher fordern wir eine Erhöhung der Finanzmittel für Präventions- und Informationsarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Insbesondere für die Opferberatung in diesen Bereichen müssen noch mehr Mittel bereitgestellt werden.

Darüber hinaus fordern wir, dass das Land den 08. Mai als „Tag der Befreiung der Welt von nationalsozialistischer Herrschaft“ zum Feiertag erklärt.

Die AfD und ihre Jugendorganisation sind offen verfassungsfeindlich und faschistisch. Wir müssen alle Mittel ausschöpfen, ihr Ziel, unsere Demokratie abzuschaffen, zu stoppen. Es muss daher auch mittelfristig ein Parteiverbotsverfahren angestrebt werden.

Frauen an die Macht

Frauen sind in der Politik in Rheinland-Pfalz unterrepräsentiert. Von der kommunalen Ebene bis zum Landtag dominieren die Männer in den Räten. Das liegt jedoch nicht an fehlenden qualifizierten Frauen, sondern an strukturellem Sexismus in unserer Gesellschaft. Wir fordern die Einführung eines Parité-

Gesetzes. Dadurch würden alle Parteien in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ihre Wahllisten - neben der Aufstellung von nicht-binären Personen - abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen.

Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind dazu verpflichtet, Gleichstellungsbeauftragte einzustellen. Dieses Amt ist wichtig, um strukturelle Benachteiligungen von Frauen aufzudecken, sie zu beheben und die Interessen von Frauen bei kommunalen Entscheidungen zu vertreten. Momentan erwarten Gemeinden bei fehlenden Gleichstellungsbeauftragten jedoch keine Konsequenzen. Wir fordern die Sanktionierung von fehlenden Gleichstellungsbeauftragten.

Soziale Medien können insbesondere für Frauen belastende Erfahrungen mit sich bringen. Belästigung durch unangemessene Kommentare, das Zusenden von Dickpics ohne Einverständnis, aber auch explizit gegen Frauen gerichteter Hass sind weit verbreitet und treffen auch schon sehr junge Frauen. Wir fordern mehr Werbung für Hilfsangebote bei sexualisierter Gewalt und den Ausbau dieser Angebote.

Kein Mensch ist illegal

Wir fordern eine grundsätzliche Wende in der deutschen und europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Europa darf keine Festung sein, sondern muss Menschen in Notlage, die es auch selbst mitverursacht, helfen. Wir fordern das Land auf, sich über den Bundesrat für eine humanere Asyl- und Migrationspolitik einzusetzen.

Wir lehnen Abschiebungen ab. Die Möglichkeiten des Landes dagegen sollten vollumfänglich ausgeschöpft werden. So dürfen auf keine Fall Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan oder Syrien erfolgen. Abschiebehaft muss beendet werden.

Wir fordern die Einrichtung eines Landesaufnahmeprogramms zur jährlichen Aufnahme einer bestimmten, vierstelligen Zahl an Schutzsuchenden. Zur Durchsetzung dessen muss die Landesregierung gemeinsam mit anderen Ländern Druck auf das Bundesinnenministerium ausüben und ihre rechtlichen Möglichkeiten prüfen sowie nötigenfalls Klagen in Betracht ziehen.

Wir fordern, dass allen Asylbegehrenden in RLP sofort eine Gesundheitskarte als auch Zugang zu Sprachkursen gewährt wird.

Die Ausländerbehörden der Kommunen sind z.T. defizitär aufgestellt. Hier müssen bessere Ausbildungen und interkulturelles Training für die Mitarbeitenden umgesetzt werden.

Drogenkonsum entkriminalisieren – Hilfe statt Verfolgung

Wir fordern die Legalisierung von Cannabiskonsum ab 18 Jahren. Faktisch ist diese Droge ohnehin schon weit verbreitet, wird aber kriminalisiert, sodass sich weder Konsum noch Qualität der Droge kontrollieren lassen und illegaler Drogenhandel gefördert wird. Eine Legalisierung kann nur auf Bundesebene geschehen, daher fordern wir eine Bundesratsinitiative des Landes zur Legalisierung von Cannabis.

Um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen, fordern wir eine Drug-Checking Offensive des Landes u.a. bei großen Festivals wie bei Rock am Ring oder der NatureOne.

Prävention ist jedoch wichtig, um Menschen über die Gefahren des Drogenkonsums aufzuklären und sie davor zu schützen. Dabei sollte neben Cannabiskonsum auch die unterschätzte Droge Alkohol stärker thematisiert werden, sowie der Einfluss der mentalen Gesundheit auf Suchterkrankungen.

Für Konsument*innen von illegalen Drogen fordern wir mehr Schutzräume in Rheinland-Pfalz, in denen ein hygienischer und sicherer Konsum ermöglicht wird und die zugleich auch Anlaufstellen bei Problemen oder dem Wunsch nach Entzug sein sollen.

Verhütungsmittel wie Kondome oder die Pille können vor allem junge Menschen finanziell belasten. Wir meinen, dass jeder Mensch ein Recht auf Verhütungsmittel hat und fordern deswegen, diese kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Frauen haben außerdem die Kosten für Hygieneartikel wie Binden und Tampons zu tragen, was für manche ein hoher finanzieller Aufwand sein kann. Wir fordern daher zumindest in allen öffentlichen Gebäuden in Rheinland-Pfalz kostenlos Hygieneartikel wie Binden und Tampons auf den Toiletten zur Verfügung zu stellen.